

**MOTION** von Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach), Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) und Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)

betreffend Gerechte Verkehrsabgaben für alle Verkehrsmittel – auch solche mit alternativen Antrieben wie Elektro (inkl. E-Bikes, Scooter etc.), Wasserstoff, alternative Kraftstoffe wie CNG, LPG etc.

---

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Verkehrsabgabengesetz dahingehend anzupassen, dass für alle Verkehrsmittel, inkl. diejenigen mit alternativen Antrieben, eine angemessene und gerechte Verkehrsabgabe für alle Halter erhoben wird. Die Verkehrsabgabensätze müssen so ausgestaltet sein, dass das aktuelle Niveau des Strassenfonds im Verhältnis zur Anzahl Verkehrsteilnehmer nicht steigt (traditionelle Antriebe werden entlastet, alternative bzw. solche, die bisher nichts bezahlen, kommen für ihre Kosten anteilmässig selber auf).

Romaine Rogenmoser  
Domenik Ledergerber  
Stefan Schmid

Begründung:

Im Kanton Zürich sind diverse Fahrzeuge von den Verkehrsabgaben befreit. Trotzdem benutzen all diese Fahrzeuge die teuer bereitgestellte Infrastruktur. Die Kosten für die Instandhaltung dieser Infrastruktur wird über den Strassenfonds gedeckt, der zurzeit ausschliesslich von Fahrzeugen mit Verbrennungs- oder Hybridmotoren geäuftnet wird. Es ist an der Zeit, dass im Sinne einer verursachergerechten Gebührenerhebung auch endlich die Fahrzeuge mit alternativen Antriebstechnologien für ihre Kosten aufkommen. Alles andere ist eine Diskriminierung der traditionellen Verkehrsträger. Um dieser Ungleichbehandlung ein Ende zu setzen, müssen künftig alle Verkehrsmittel ihren Beitrag an die Benützung der Infrastruktur, an den Ressourcenverbrauch von wertvollem Land und an die Zusatzkosten für die Sicherheitsmassnahmen und Unfallbewältigung leisten. Durch die immer grösser werdende Zahl der Fahrzeuge mit alternativen Antrieben ist zudem künftig mit substanziellen Mindereinnahmen im Strassenfonds zu rechnen, so dass es absehbar ist, dass die Strasseninfrastruktur, die wir auch für den Gütertransport, die Sicherheit und die Sicherstellung der Grundbedürfnisse benötigen, Qualitätseinbussen haben wird, weil die nötigen Massnahmen nicht mehr finanziert werden können. Dem ist vorzubeugen, indem alle Benutzer dieser Infrastruktur ihren Beitrag leisten. Damit aber die Bevölkerung nicht mit zusätzlichen Abgaben belastet wird, müssen die Verkehrsabgabensätze so angepasst werden, dass der Strassenfonds nur im Verhältnis zur steigenden Zahl Verkehrsteilnehmer steigen darf. Konkret bedeutet das, dass die traditionellen Antriebe entlastet werden, weil neu alle Verkehrsteilnehmer ihren Anteil an der Infrastrukturbenutzung bezahlen.